

Wiesbaden, den 30.01.2018

Änderungen im Investmentsteuerrecht

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

seit dem 01.01.2018 gilt in Deutschland ein neues Investmentsteuerrecht.

Durch die Neuregelung soll die Besteuerung von Investmentfonds und Anlegern vereinfacht werden. So werden beispielsweise ausschüttende oder thesaurierende, in- oder ausländische Investmentfonds gleich besteuert. Kernstück des neuen Besteuerungssystems ist getrennte Besteuerung auf Fondsebene und Anlegerebene.

Anbei haben wir Ihnen einige Informationen zu den neuen Regelungen zusammengestellt. Außerdem finden Sie auf unserer Website [**weitere Antworten**](#) auf mögliche Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr S Broker Team

Anhang

S Broker AG & Co. KG
Postfach 17 29
65007 Wiesbaden

Wiesbaden HRA 8095

Sparkassen-Finanzgruppe

Interessenten-Hotline:
0611 2044-1912
Kunden-Hotline:
0611 2044-1911
service@sbroker.de
www.sbroker.de

Persönlich haftende Gesellschafterin:
S Broker Management AG
Postfach 17 29
65007 Wiesbaden

Wiesbaden HRB 21446

Vorstand:
Thomas Pfaff (Vorsitzender)
Jens Wöhler

Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Dr. Georg Stocker

Anlage: Neuregelung Investmentsteuergesetz

1. Grundlegendes

- Die neuen Regelungen gelten ausschließlich für Fonds und ETFs.
- Die Besteuerung wird – was die Höhe der Steuer betrifft – für die meisten Anleger kaum einen Unterschied zur bisherigen Rechtslage mit sich bringen.
- Sie als Anleger müssen nicht selbst aktiv werden, um eine korrekte Abwicklung zu gewährleisten. Die erforderlichen Umstellungen erfolgen automatisch.
- Es wird einfacher: Zukünftig wird dieselbe Systematik für alle Anlagentypen angewandt.

2. Umstellungen zum Start der Investmentsteuerreform

- Um einen klaren Übergang vom alten zum neuen Investmentsteuerrecht zu gewährleisten, erfolgt zum 31.12.2017 eine sogenannte Veräußerungsfiktion. Das bedeutet, alle Investmentanteile werden zum 31.12. fiktiv verkauft und zum 1.1. fiktiv neu angeschafft. Diese Umstellung erledigen wir automatisch für Sie. Voraussichtlich werden die einzelnen Buchungen nicht alle zum 1.1.2018 durchgeführt sein, sondern im Laufe des Januars vorgenommen werden.
- Die fiktive Neuanschaffung der Investmentanteile spiegelt sich aktuell in der dargestellten Performance des Wertpapiers wider, denn in Ihrem Depot erfolgt zurzeit die Performance-Berechnung ab dem 01.01.2018. Um Ihnen künftig wieder einen Überblick über die Gesamt-Performance Ihrer Investmentanteile bereit zu stellen, werden im Zuge der Umstellungsarbeiten weitere Optimierungen der Anzeige vorgenommen.
- Der bei dieser fiktiven Aktion entstehende Veräußerungsgewinn wird noch nach altem Recht ermittelt, bis zum späteren tatsächlichen Verkauf der Fondsanteile vorgehalten und erst dann der Abgeltungsteuer unterworfen. Gewinne, die ab 2018 entstehen, werden nach neuem Recht besteuert.
- Die Behandlung Ihres Depotbestands hängt vom Kaufzeitpunkt ab:
 - a) **Fondsanteile, die vor dem 01.01.2009 gekauft wurden**
 - Es handelt sich hierbei um sogenannte bestandsgeschützte Altanteile.
 - Wertzuwächse dieser Altanteile, die bis zum 31.12.2017 erzielt wurden, sind steuerfrei.
 - Wertzuwächse, die ab 2018 entstehen sind steuerpflichtig.
 - Für diese steuerpflichtigen Anteile erhalten Sie einen **Freibetrag** von 100.000 Euro je Steuerpflichtigem. Wir als depotführende Stelle sind verpflichtet, die Abgeltungsteuer auf Gewinne ab 2018 abzuführen. Diese Gewinne werden in der Steuerbescheinigung gesondert ausgewiesen, sodass der Freibetrag im Wege der Veranlagung geltend gemacht werden kann. Der Freibetrag wird dann vom Wohnsitzfinanzamt festgestellt und fortgeführt.
 - b) **Fondsanteile, die nach dem 01.01.2009 gekauft wurden**
Das fiktive Veräußerungsergebnis zum 31.12.2017 ist steuerpflichtig und wird beim Verkauf der Anteile relevant.

3. Was ist neu?

- Bisher wurden die Fondserträge ausschließlich auf Anlegerebene besteuert. Ab 2018 erfolgt die Besteuerung sowohl auf Fonds- als auch auf Anlegerseite. Für den Anleger erfolgt eine Besteuerung zukünftig auf folgende Erträge:
 - Ausschüttungen
 - Vorabpauschale (neu anstelle der ausschüttungsgleichen Erträge)
 - Gewinne aus der Veräußerung der Fondsanteile

- **Teilfreistellung**

Als Ausgleich für die Steuerbelastung auf Fondsebene werden die Investmenterträge beim Anleger zu einem bestimmten Prozentsatz von der Abgeltungsteuer verschont (sog. Teilfreistellung). Dies gilt für Ausschüttungen, Vorabpauschale und Gewinne aus Veräußerung. Je nach Fondsart gelten dabei unterschiedliche Teilfreistellungssätze. Wie hoch der steuerfreie Anteil ist, richtet sich nach der Art des Fonds (siehe Tabelle). Der verbleibende Teil unterliegt der Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag sowie ggf. Kirchensteuer.

Fondskategorie	Anlagegrenze	Teilfreistellungssatz
Mischfonds	Mindestens 25 % und weniger als 51 % in Aktien	15 %
Aktienfonds	Mindestens 51 % in Aktien	30 %
Immobilienfonds	Mindestens 51 % in- und ausländischen Immobilien	60 %
„Auslands-Immobilienfonds“	Mindestens 51 % in ausländischen Immobilien	80 %

- **Vorabpauschale**

Sofern der Fonds während des abgelaufenen Jahres zwar im Wert gestiegen ist, hiervon aber nichts oder nur wenig ausgeschüttet hat, wird eine sog. Vorabpauschale als fiktiver Kapitalertrag angesetzt.

- Die Höhe der Vorabpauschale bezieht sich immer auf das Vorjahr. Deshalb wird die Vorabpauschale erstmals Anfang 2019 für 2018 berechnet und auch besteuert.
- Die Vorabpauschale orientiert sich an der Höhe einer risikolosen Marktverzinsung für öffentliche Anleihen.
- Für die Vorabpauschale gelten die gleichen Teilfreistellungen wie für die Besteuerung von Ausschüttungen (siehe Tabelle).
- Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, werden beim Verkauf der Fondsanteile die zugerechneten Vorabpauschalen vom tatsächlichen Veräußerungsgewinn wieder abgezogen.
- Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag im Folgejahr als zugeflossen. Dies hat den Vorteil, dass der zu diesem Zeitpunkt noch nicht verbrauchte Freistellungsauftrag auf die Vorabpauschale angewendet werden kann. Nur wenn ein solcher Freistellungsauftrag nicht vorliegt oder nicht ausreicht, muss Abgeltungsteuer auf die Vorabpauschale entrichtet werden. Auch eine beim Kreditinstitut eingereichte Nichtveranlagungsbescheinigung bewirkt, dass keine Abgeltungsteuer einbehalten wird.
- Als depotführende Stelle dürfen wir den für die Abführung der Abgeltungsteuer erforderlichen Betrag Ihrem Verrechnungskonto belasten.